

des Umweltministeriums hatten 1996 lediglich 30% im Westen und 24% im Osten von der Diskussion um eine ökologische Steuerreform „gehört“, wohl noch weniger das Prinzip verstanden. Dies ist auch ein Grund dafür, warum sich SPD und FDP derzeit so zieren. Ökologische Steuerreform, der Finanz- und Wirtschaftswissenschaft entsprungen, ist bis heute ein Thema der politischen Eliten, ein Insider-Diskurs geblieben. Die knappe Formel „Umweltverbrauch verteuern und Arbeitskosten senken“ wurde nicht in die Mitte der Bevölkerung getragen. Mit der Folge, daß der Begriff dort lediglich mit Steuererhöhung assoziiert wird.

Ein Kardinalfehler (aller Parteien) besteht darin, das Thema zu isoliert anzugehen. Weite Teile der Gesellschaft scheinen überfordert. In einer komplizierten Stimmungslage, die von Stillstandsfrust und von Reformängsten geprägt ist, hat die ökologische Steuerreform vielleicht nur eine Chance, wenn sie in eine umfassende Steuerreform eingebunden wird. Die im Moment vorherrschenden Reaktionen auf den grünen Anstoß deuten darauf hin, daß die ökologische Modernisierung nur in dieser Weise „eingepackt“, oder gar versteckt realisiert werden könnte. Die Aufgabe bleibt: notwendiges Umdenken anzuregen, nicht: davon abzuschrecken.

Wichtig ist daher, daß nach dem Streit zwischen CSU und CDU endlich die zahlreichen Öko-Steuerbefürworter ihre Sprache wiedergefunden haben. Plötzlich gehen der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel, die DAG, die IG Bau-Agrar-Umwelt, der Bund Junger Unternehmer und Umweltverbände in die Offensive und signalisieren Zustimmung zu einer ökologischen Steuerreform. So bleibt es im nachhinein ein großer Fehler, daß sich die Öko-Steuerbefürworter nicht frühzeitig auf eine gemeinsame Allianz, ein gemeinsames „Bündnis Ökologische Steuerreform“ verständigt haben. Ein solcher sichtbarer Zusammenschluß, der sich auf den gemeinsamen Nenner „Einstieg ins Prinzip“ und auf

die Einführung im nationalen „Alleingang“ – Nachbarländer sind ja längst vorausgegangen – gründen könnte, hätte die gesellschaftlichen Ausschläge gegen die Grünen sicher verringert, hätte ihnen zumindest im Grundprinzip zustimmen müssen. So wurde eine Chance vertan, auch die Gesellschaft auf Reformschritte vorzubereiten.

Fünf Monate bis zur Bundestagswahl, da bleibt genug Zeit, für eine weitere Versachlichung im Diskurs zu sorgen. Denn einen unbestreitbaren Vorteil hatte der grüne Benzin-Beschluß, auch Peter Hintze sei dank: Die Medien und die Öffentlichkeit werden mit Argusaugen auf die Programmteile „Energie-/Öko-steuer“ aller Parteien blicken und die Unterschiede zwischen den einzelnen Konzepten darstellen müssen. So könnte sich zumindest das Vermittlungs- und Informationsdefizit verringern. Bevor aber die Grünen nach der Wahl in Sachsen-Anhalt ihr eben gedrucktes Wahlprogramm umschreiben, sollten sie bedenken, was es bisher bewirkt hat – und was man noch damit erreichen könnte: „Umweltschutz steht heute nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses“, steht dort geschrieben. Das muß sich ändern. Ein Anfang ist gemacht.

Carsten Krebs

Tanz um die Zapfsäulen

Fünf Mark für den Liter Benzin – ein Ruck geht durch die Nation, der Schock sitzt tief. Das 10-Jahresziel, von den Grünen Anfang März in Magdeburg beschlossen, wird flugs von CDU-Wahlkampfchef Hinze umgemünzt zum Schreckerlebnis für den Autofahrer morgen an der Tankstelle.

Die Forderung nach einer Benzinpreiserhöhung ist – selbst in dieser Größenordnung – nicht neu, sie wurde vor Jahren vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, dem Beratungsgremium der Bundesregierung, und vom Umweltbundesamt erhoben. Sie stützt sich auf Berechnungen der externen Kosten des Autofahrens, das heißt der Kosten für Schäden an menschlichen Atemwegen, Bäumen und Denkmälern, die von Autoabgasen verursacht werden. Die Umweltverbände fordern diese Anhebung der Mineralölsteuer in ihrem Ökosteuerkonzept seit langem – und es blieb ruhig im Land.¹

Schon einmal gab es zu Wahlkampfzeiten eine heftige Diskussion um eine ökologisch begründete Forderung für eine Mineralölsteuererhöhung: Als im Wahljahr 1990 die SPD eine Anhebung um 50 Pfennig vorschlug, waren die Diskussionen auch in SPD-Ortsvereinen so heftig, daß die Forderung nur noch verbal halten artikuliert wurde.

Solange ökologische Forderungen von Sachverständigengremien, Umweltverbänden und Instituten in die politische Diskussion gebracht werden, nimmt die breite Öffentlichkeit sie offenbar kaum wahr, zumindest aber nicht wichtig. Bedrohlich werden sie erst in Wahlprogrammen einer Partei, wenn also ihre Realisierung möglicherweise bevorsteht.

Die Aufregung um den Benzinpreis zeigt, welche Symbolkraft er inzwischen erhalten hat – wie sie einst nur dem Brotpreis zukam. Und die Reaktionen auf den Vorschlag, den Trend zur Fernreise zu bremsen, bringen an den Tag, wie sehr auch diese zum allgemeinen sozialen Besitzstand zählt.

Erschrocken über den Gegenwind aus der Bevölkerung und die platte Stimmungsmache konservativer Parteistrategie

holen die Grünen nun die Kommunikationsoffensive nach, die am Anfang hätte stehen sollen: Was ist das umweltpolitische Ziel, wie soll es erreicht werden, was soll in der nächsten Wahlperiode angestrebt werden und wie wirkt es sich für den einzelnen aus, wie können soziale Härten vermieden werden? Es soll deutlich werden, daß das positive Ziel – die Stabilisierung des Klimas – Veränderungen nötig macht, die Konstruktion verbrauchsarmer Autos, die Nutzung von Autos durch Fahrgemeinschaften, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs – und daß diese Veränderungen für alle durchaus erträglich sind.

Gelegentlich hat man allerdings den Eindruck, daß vor lauter Schreck eine derart weichgespülte Argumentation benutzt wird, als werde mit der Benzinpreiserhöhung eigentlich nur ein Innovationsschub für das 3-Liter-Auto bezweckt – mit dem dann alle unbegrenzt, umweltverträglich und glücklich weiterfahren könnten. Zurückschrecken vor der eigenen Courage und den eigenen Erkenntnissen?

Die Veränderungen, die eine nachhaltige Entwicklung erfordert, werden sich nicht nur auf den Neukauf eines 3-Liter-Autos begrenzen lassen. Autos blasen nicht nur Abgase aus dem Auspuff, sie verursachen Lärm, sie verbrauchen Fläche – vom Blutzoll einer automobilen Gesellschaft ganz zu schweigen. Wenn jetzt beruhigend vorgerechnet wird, daß mit den neuen Autos das Autofahren ja nicht teurer wird, bedeutet dies zugleich, die Preissignale ihrer Wirkung zu berauben, den Anreiz zu reduzieren, die zunehmende Zersiedelung, die zunehmenden Pendlerentfernungen, die zunehmenden Freizeitfahrten zu verringern. Die Benzinpreisdiskussion zeigt, wie abhängig wir von dem Transportmittel Auto geworden sind, psychologisch und ganz real, in unserer privaten Zeit- und Geldökonomie wie in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Die Grünen mögen ungeschickt vorgegangen sein – schwierig und langwie-

1 Vgl. Angelika Zahrt, Steuerreform an der Umwelt vorbei, in: „Blätter“, 6/1997, S.667-671; Carsten Krebs/Danyel Reiche, Wie die Ökologische Steuerreform beerdigt wurde, in: „Blätter“, 7/1997, S.844-852; sowie: Die ökologische Steuerreform. Gemeinsames Konzept der deutschen Umweltverbände vom 18. Juni 1997, in: „Blätter“, 9/1997, S.1147-1151.

rig wird der Entwöhnungsprozeß allemal. Er wird nur gelingen, wenn das Ziel als positiv akzeptiert ist, wenn attraktive Mobilitätsmöglichkeiten ohne eigenes individuelles Auto vorhanden sind, wenn Mobilitätswänge abgebaut werden und wenn Nähe und Verortung, Zeit und Ruhe erstrebenswerte Leitbilder werden.

Dies in Wahlkampfzeiten anzusprechen ist schwierig, hierfür um Stimmen zu werben mutig und ehrlich. Ob es in einer Atmosphäre der Diffamierungen ökologischer Argumente gelingt, ist fraglich, umso wichtiger aber, umweltpolitische Forderungen so einzubringen, daß sie nicht als moralischer Tadel und Bestrafung empfunden werden, sondern als notwendige Maßnahme, um längerfristig uns und unseren Kindern Lebensqualität und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern.

Angelika Zahrnt

PDS im Spagat

Ameisen sind wundersame Wesen. Sie sind extrem klein, und doch können sie das zigfache ihres eigenen Körpergewichts schleppen. So ein Ameisenstaat funktioniert tadellos. Für die PDS ein optimales Vorbild. Die Fünf-Prozent-Hürde kann bei Bundestagswahlen bekanntermaßen durch das Erlangen dreier Direktmandate unterlaufen werden. Und da die Prognosen nicht gerade darauf hindeuten, daß die Demokratischen Sozialisten im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl einen Zuwachs der Zweitstimmen erleben werden, lastet die Verantwortung für die Zukunft der gesamten Partei auf den Schultern weniger Direktkandidaten.

Chancen rechnet sich die Partei vor allem im Osten Berlins aus. Von den fünf Wahlbezirken dort holte die PDS 1994 vier. Im fünften fehlten ihr gerade mal 400 Stimmen. Dennoch wird es dieses Jahr schwieriger. Zum einen ändert sich die Wohnbevölkerung in Ostberlin zusehends. In die Stadtbezirke Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain ziehen immer mehr Studenten aus dem Westen, in Randbezirke wie Köpenick und Pankow Einfamilienhausbesitzer – ebenfalls aus dem Westen und nicht gerade typische PDS-Klientel. Zum anderen konnte der Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg vor vier Jahren von Stefan Heym nur ganz knapp gewonnen werden. Diesmal muß nach dem Scheitern der Kandidatur des ehemaligen Flottillenadmirals Elmar Schmähling die Landesvorsitzende der PDS Petra Pau gegen SPD-Vizechef Wolfgang Thierse antreten. Als sicher gilt nur das Direktmandat von Gregor Gysi im Bezirk Hellersdorf/Marzahn. Gute Chancen haben wieder die Wirtschaftsexpertin Christa Luft in Lichtenberg/Friedrichshain und der ehemalige Westberliner HBV-Chef Manfred Müller in Weißensee/Pankow. Für den erstmals nach Bonn strebenden PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky wird es in Treptow/-Köpenick allerdings eng. Erststimmen-Kampagnen der PDS wird es auch in Rostock und Schwerin geben. Wobei nur der Veterinärmediziner Wolfgang Methling in Rostock eine reelle Chance hat.

Doch so sehr man im Staate PDS auch auf die Kraft der Ameisen baut, erklärte Wahlziel ist ein anderes, nämlich die Fünf-Prozent-Marke zu überschreiten und mit Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen. Das hat im Parlamentsleben viele Vorteile, finanzieller Art, bei der Besetzung von Ausschüssen, im Antragsrecht und bei der Redezeit im Plenum. Auch würde dies der PDS helfen, endlich die ihr bisher verweigerte Anerkennung einer Parteistiftung durchzusetzen. Daß 5% der wahlberechtigten Bundesbürger der PDS ihre Zweitstimmen geben werden, ist jedoch unwahrscheinlich. Der Ruf, der durchs Land